

Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2013 des Stadtrats

GR Nr. 2014/102 vom 2. April 2014

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Jede Referentin und jeder Referent hat zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2013 geführt, in der GPK über das Gespräch Bericht erstattet und zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein grundlegendes Instrument, um die Arbeit der Exekutive und Verwaltung zu prüfen, allerdings beschränkt sich die GPK selbstverständlich nicht auf diese Informationsquelle.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamtkommission diese Arbeit wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit der Finanzkontrolle, mit der Ombudsfrau halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten insbesondere im Zusam-

¹ Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Nina Fehr Düsel (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)

menhang mit Themen zu POLIS mehrmals im Jahr. Auch zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Anders als in früheren Jahren hat die GPK in einem separaten Tätigkeitsbericht 2013 vom 27. Januar 2014 bereits ausführlich über ihre Aufsichtsarbeit und die Tätigkeit ihrer ständigen Subkommissionen Einbürgerungen und Polizeidaten im Berichtsjahr orientiert. Der Gemeinderat hat den Tätigkeitsbericht 2013 der GPK am 19. März 2014 beraten und davon Kenntnis genommen.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Die GPK hat den Geschäftsbericht des Stadtrats in einem mehrstufigen Verfahren geprüft. Das aktuelle Verfahren wurde für das Geschäftsjahr 2011 neu entwickelt und hat sich auch dieses Jahr – nach der Neukonstituierung der GPK für die Amtsdauer 2014 bis 2018 – bewährt.

Üblicherweise führen die GPK-Mitglieder nach einer ersten Lektüre des Geschäftsberichts mit den Vorstehenden ihrer Referatsdepartemente ein Gespräch bevor sich die gesamte GPK zur ersten Beratung des Geschäftsberichts trifft. Wegen den Neuwahlen des Gemeinderats konnte die GPK ihre Arbeit am Geschäftsbericht erst verhältnismässig spät aufnehmen. Neben fünf bisherigen hat der Gemeinderat am 7. Mai 2014 sechs neue Mitglieder in die GPK gewählt. Ausser den Referaten für das Departement der Industriellen Betriebe und das Schul- und Sportdepartement hat die GPK alle Referate neu zugewiesen.

Die GPK hat sich in einem ersten Schritt zu einer halbtägigen Sitzung getroffen und den ganzen Geschäftsbericht Kapitel für Kapitel beraten. Sie hat Fragen zusammengetragen und diese mehrheitlich schriftlich bei den Departementen eingereicht. Mündliche Fragen wurden im Rahmen des Gesprächs der Referenten und Referentinnen dem zuständigen Stadtratsmitglied gestellt und umgehend mündlich oder teilweise nachträglich schriftlich beantwortet.

Die meisten Fragen hat der Stadtrat für die zweite Lesung zufriedenstellend beantwortet. Nur wenige Aspekte blieben vorerst unklar und mussten in einer weiteren Fragerunde nochmals vorgetragen werden.

Nach der dritten Lesung waren alle Fragen in diesem Rahmen abschliessend beantwortet. Einzelne Themen bleiben «auf dem Radar» der GPK oder der Referentinnen und Referenten, und die GPK wird darüber gegebenenfalls in künftigen Tätigkeitsberichten orientieren.

Insgesamt liefert der Geschäftsbericht des Stadtrats einen guten Überblick über die Verwaltungstätigkeit des vergangenen Jahres, jedoch kaum für die GPK relevante kritische Inhalte, da der Bericht auch als Repräsentationsbroschüre des Stadtrats für die Öffentlichkeit dient.

2.1 Allgemeine Verwaltung

2.1.1 Stadtrat

In seinen Legislatorschwerpunkten stellt der Stadtrat in seinem Geschäftsbericht 2013 (erweitert in www.stadt-zuerich.ch/lsp) insbesondere vier Bereiche in den Vordergrund:

Kreativ- und Kulturstadt Zürich

Mit diesem Schwerpunkt will der Stadtrat die nationale und internationale Wahrnehmung in diesem Feld stärken. Ob alle als Erfolg aufgeführten Aktivitäten eine grosse Wirkung entfalten, bleibt dahingestellt; dies gilt sicher auch für die Einladungen zu Pressereisen nach Zürich.

eZürich

Beeindruckend ist die lange Liste an Partnerschaften und digitalen Dienstleistungen. Auch will man die Marke eZürich fördern, um Zürich für eine digitale Zukunft fit zu machen.

Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten

Unter diesem Schwerpunkt will die Stadt unter einer Vielzahl von Projekten sowohl die Vernetzung von Quartieren und der Bevölkerung als auch die Mitwirkung der Bevölkerung beim Wandel der Stadt verbessern.



Frühförderung – gute Startchancen für alle Kinder

Unter dem Titel Frühförderung versucht der Stadtrat departementsübergreifend auf Familien zuzugehen, um benachteiligten Kindern förderliche Entwicklungschancen zu bieten. Die GPK wird die Weiterentwicklung interessiert verfolgen.

2.1.2 Stadtschreiberin und Stadtkanzlei

Das Grundgeschäft wird, abgesehen von den Weibeln, von rund zwei Dutzend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigt; darüberhinaus standen einige Schwerpunkte im Berichtsjahr an: Dazu gehörte die Vorbereitung der Wahlen, die schon im Februar des laufenden Jahres abgehalten wurden. Auch die Reduktion der Stimmlokale erwies sich anspruchsvoller als es erscheinen mag, war dazu doch eine politische Abstimmung und eine Erfassung von vielen Daten notwendig. Im Bürgerrecht standen die Arbeiten für die Aufhebung der kommunalen Richtlinien zur Erteilung des Bürgerrechts im Vordergrund; dies neben den ordentlichen Einbürgerungsverfahren, welche die Stadtkanzlei vorbereitet, für die aber der Stadtrat die Entscheidungs-Verantwortung trägt.

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Die ersten eingereichten Fragen wurden vom PRD termingerecht beantwortet. Die Referentin hatte am 3. Juni ein offenes, informatives Gespräch mit der Stadtpräsidentin sowie zwei ihrer Mitarbeitenden. Dabei konnte die Referentin weitere Fragen stellen, die sich an der GPK-Sitzung aus der Beantwortung der ersten Fragen ergeben hatten.

Ein wichtiges Thema im Geschäftsbericht 2013 war der Strauhof. Die GPK hatte dieses Thema schon vor der Behandlung des Geschäftsberichts separat behandelt. Der GPK lagen während der Behandlung des Geschäftsberichts das Antwortschreiben des Stadtrats auf die Petition, die Medienmitteilung des Stadtrats vom 4. Juni 2014 und die Antwort auf die Schriftliche Anfrage (GR Nr. 2014/72) vor. Vertiefte Fragen zum Strauhof wurden während der Behandlung des Geschäftsberichts zu den Kennzahlen, bzw. zum Besucherrückgang 2013

gegenüber 2012 gestellt. Das PRD lieferte fristgerecht alle Besucherzahlen 2012 und 2013, die zur Klärung führten.

Das Präsidialdepartement wurde von der GPK gebeten, künftig Kennzahlen deutlicher und verständlicher wiederzugeben. Die Unklarheiten waren dem PRD bereits bekannt, und es wurde festgehalten, dass dem Anliegen in künftigen Geschäftsberichten Rechnung getragen würde.

Die GPK hätte sich gewünscht, dass im Bereich Wirtschaftsförderung neben den Kennzahlen zu Zuzügen von Firmen auf dem Wirtschaftsstandort Zürich auch Zahlen zu Wegzügen bekannt gegeben werden können. Offenbar kann eine Wegzugstatistik beim Handelsregisteramt oder bei Statistik Stadt Zürich nur käuflich erworben werden. Die GPK sieht hier Handlungsbedarf für die nächsten Jahre, wie auch die Wegzüge ohne grossen Aufwand erfasst werden können.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Beim Gespräch mit Stadtrat Daniel Leupi erkundigte sich die Referentin nach Themenschwerpunkten penderter Geschäfte, die Neustrukturierungen mit sich bringen, insbesondere bezüglich Personalrecht und Stellenbesetzung und der Strategie 17/0. Im Fokus des Gesprächs stand jedoch auch die Fragestellung, was künftig in Anbetracht der angespannten Finanzlage die grössten Herausforderungen für die Stadt Zürich sein werden.

Ein weiteres Thema war das Rollenverständnis zwischen Exekutive und Legislative und die Abgrenzung respektive Fragestellung nach Systemgrenzen von Informationsfluss, Geheimhaltung und Kommunikationsformen.

Projekt 17/0:

Resultate sind noch keine bekannt. Auf Basis von Departementsplafonds werden Handlungsbedürfnisse wie auch Verbesserungen in der Verwaltungsstruktur eruiert. Man will effizienter werden und sucht auch pragmatische Lösungen für die Abläufe im Arbeitsalltag der Verwaltung.



Personalmanagement:

Der Stadtrat stellt fest, dass die Stadt als Arbeitgeberin mit den Lohnvorgaben nicht mehr wirklich konkurrenzfähig ist. Qualifizierte Fachkräfte erhalten auf dem freien Markt einen höheren Lohn. Dies führt je länger je mehr dazu, dass die Stadt nicht die Besten anstellen kann und insbesondere für mittleres und höheres Kader sehr gut Qualifizierte potentielle oder bisherige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an andere Organisationen verliert. Dies führt in Konsequenz oft auch zu kostenrelevanten und aufwändigen Verfahren zur Stellenbesetzung.

Finanzielle Herausforderungen

Die Schulhausbauten stellen, auch auf Grund des Bevölkerungswachstums, eine grosse finanzielle Belastung für die kommenden Jahre dar, seien es die notwendig gewordenen Neubauten, aber auch Sanierungen und Umbauten.

Die Unternehmenssteuerreform III wird einen grossen Einfluss auf die Stadt Zürich haben und ist entsprechend intensiv zu begleiten.

Zusammenarbeit und Rollenverständnis Exekutive–Legislative

Die Informationsbedürfnisse von GPK und RPK werden vom Stadtrat gelegentlich als zu weitgehend empfunden. Die GPK betrachtet es als Daueraufgabe, die richtige Balance zwischen Geheimhaltungsinteressen von Stadtrat und Verwaltung und den Transparenzanforderungen der parlamentarischen Aufsicht zu finden, um die kompetenzgemässe Ausübung der jeweiligen Funktionen zu gewährleisten.

2.4 Polizeidepartement (PD)

Es wurde seitens GPK die Rückfrage gestellt, wie die Erfahrungen mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung seien (vgl. Geschäftsbericht des Stadtrats S. 101). Hierzu wurde seitens Polizeivorstand (PV) präzisiert, dass der Strassenstrich am Zürcher Sihlquai plangemäss Ende August 2013 auf den Strichplatz am Depotweg verlegt werden konnte, ein Ausbreiten auf weitere Gebiete hätte dank polizeilichen Kontrollen unterbunden werden können. Zur Frage, ob die Strichboxen auch genügend frequentiert werden, meinten die Polizeidepartements-Vertreter, dass die Boxen grundsätzlich wie angenommen ausgelastet werden und



es noch zu früh sei, um klarere Schlüsse ziehen zu können. Die Situation an der Zähringerstrasse sei dabei grundsätzlich gleich geblieben und ausserhalb der dafür vorgesehenen Zonen konnten erfreulicherweise nur sehr wenige Vorfälle verzeichnet werden. Bisher sei die Bilanz positiv.

Zur Rückfrage im Geschäftsbericht (vgl. S. 102), wie der Stand der Dinge betreffend der laufenden Gespräche mit den Clubverantwortlichen zur Verwendung von verbotenen pyrotechnischen Gegenständen sei, konnte durch den PV noch nicht viel gesagt werden. Der Steuerungsausschuss «Sport ohne Gewalt» unter Leitung der Stadträte Wolff und Lauber mit Vertretern der Stadt, dem Kanton und den betroffenen Clubs finde regelmässig statt. Es seien zumindest erste Teilerfolge zu verzeichnen. Der Prozess der Dialoge sei sehr langwierig, da Gespräche mit den Fans, Fanbetreuern, Chefs, Sozialarbeitern etc. geführt würden und man mit Deeskalation versuche voranzukommen.

Zur Rückfrage, wie die Personalrekrutierung im Polizeiwesen vorangetrieben werde, auch mit dem Einsatz von Social Media (S. 106), wurde insbesondere die Budgetkürzung im Parlament stark bedauert. Dies gelte es für das nächste Jahr dringend zu verhindern, da die Polizei viele Vakanzen aufweise und sie auf die Personalwerbemittel stark angewiesen seien. So wurde durch die Einsparungen die 3. Rekrutierungswerbemassnahme gekürzt. Die Rückmeldungen z. B. auf die Facebook-Seite und -App der Stadtpolizei und auch auf die Werbekampagnen seien aber sehr positiv gewesen. Hier hoffe man nächstes Jahr wieder über mehr Kapazität zu verfügen.

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Die mündliche Besprechung mit Stadträtin Claudia Nielsen fand am 20. Mai 2014 statt. In deren Verlauf wurde eine Reihe von Fragen, bei denen nach der Beurteilung durch den Referenten überwiegend qualitative Aspekte im Vordergrund standen, mündlich erörtert. Fragen mit erhöhter Komplexität oder vermehrt quantitativen Aspekten wurden schriftlich eingebracht und fristgerecht beantwortet. Es folgt eine Liste mit den thematischen Schwerpunkten.



Demenzkrankungen

Mit dem jüngsten Ausbau der Plätze für Demenzkranke sollte ein ausreichendes Angebot zur Verfügung stehen. Die Frage von jüngeren, an Demenz erkrankten Menschen wurde gemäss Auskunft der Stadträtin nicht thematisiert, wobei in diesem Zusammenhang von einer geringen Anzahl Fälle auszugehen ist. Die GPK erkundigte sich nach der Auslastung der 650 Betten für an Demenz erkrankte Menschen in den Pflegezentren, sie beträgt konstant über 97 Prozent. Aufgrund der hohen Nachfrage wurden am Standort Irchelpark auf das Jahr 2014 zusätzlich 55 Betten eingerichtet.

Koordinierte Beschaffung von Lebensmitteln

Der Gesamtaufwand für die Beschaffung von Lebensmitteln beträgt bei den Betrieben des GUD 15 Millionen Franken, 60 Prozent davon werden submittiert. Die GPK erkundigte sich nach zusätzlichem Potenzial in diesem Bereich. Bei vielen Warengruppen wird der Prozentsatz bereits deutlich übertroffen. Aufgrund der Heterogenität der beteiligten Dienstabteilungen, der Saisonalität von Lebensmitteln sowie der langen Dauer des Submissionsverfahrens von ca. einem Jahr stösst eine Steigerung an Grenzen.

Stadtspitäler Waid und Triemli

Die Spitäler Waid und Triemli stehen im Fokus des städtischen Gesundheitswesens. Mit dem neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz ist die frühere Kostenbeteiligungspflicht der Gemeinden in den ehemaligen Spitalregionen entfallen und frühere Staatsbeiträge an Investitionen der Spitäler mussten zu ihren Restbuchwerten Ende 2011 in amortisations- und zinspflichtige Kantonsguthaben umgewandelt werden. So sind dem Kanton gemäss Verfügung der kantonalen Gesundheitsdirektion vom 4. Juli 2013 273,2 Millionen Franken über 33 Jahre zu amortisieren und zu verzinsen. Der Stadtrat teilte am 21. Mai 2014 mit, dass beim Stadtspital Triemli aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auf eine umfassende Instandsetzung des alten Bettenhochhauses vorerst verzichtet wird. Das neue Bettenhaus wird 2016 in Betrieb gehen. Unbefriedigend ist die finanzielle Situation der Stadtspitäler auch in Bezug auf die vom Regierungsrat verfügte Baserate, dazu ist ein Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts ausstehend. Die GPK erkundigte sich nach zusätzlichen Erträgen aus der Betreuung von Zusatzversicherten Patientinnen und Patienten beim Stadtspital Waid und

dem erfolgten Ausbau des entsprechenden Angebots. Es ermöglicht eine signifikante Reduktion des Aufwandüberschusses zu Lasten der Stadt. Im Berichtsjahr konnte der entsprechende Anteil nach Auskunft des GUD von 19,1 auf 20,4 Prozent leicht gesteigert werden. Die Herzmedizin stand mit dem ursprünglich geplanten Herzzentrum ebenfalls im Fokus der Aufmerksamkeit.

Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik PPZ

Eine Studie zur Erfassung psychischer Erkrankungen von Bewohnerinnen und Bewohnern der städtischen Wohneinrichtungen SEB hat ergeben, dass der Anteil psychisch kranker Personen dort sehr hoch ist und dass die betroffenen Personen schwerer belastet und eingeschränkter sind gegenüber Patientinnen und Patienten der Akutstationen der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich PUK. Vor diesem Hintergrund befasste sich die GPK mit der Frage, mit welchen Massnahmen für eine ausreichende psychiatrische Versorgung in den Wohneinrichtungen gesorgt wird. Gemäss Auskunft des Departements thematisieren die Mitarbeitenden gesundheitliche Aspekte periodisch mit den betreuten Klientinnen und Klienten und veranlassen bei Bedarf medizinische oder psychiatrische Untersuchungen. Da viele der Klienten nicht in der Lage sind, selbständig und zuverlässig externe Termine wahrzunehmen, werden sie in den Wohneinrichtungen von den PPZ besucht. Dabei können die betreuenden Teams vor Ort fachlich beraten und unterstützt werden.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

In Erarbeitung befinden sich allgemeine städtische Richtlinien zur ökologischen Beschaffung.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Der Umfang des Kapitels des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (58 Seiten) wird nur vom Hochbaudepartement knapp übertroffen. Der Hauptgrund für die Mächtigkeit des TED-Abschnitts im Geschäftsbericht der Stadt Zürich 2013 besteht allerdings in der Unzahl von hängigen Parlamentarischen Vorstössen, welche jedoch durch Abschreibungen durch die Postulanten und Postulantinnen auf die kommende Legislaturperiode hin um mehr als 50 Prozent reduziert werden konnte.

Nach einer kurzen Einführung mit Vorwort, Legislaturzielen, Jahresschwerpunkten, Kennzahlen und Vorstellen der Abteilungen etc. folgen gegliedert nach den Subthemen Aufgaben, Jahresschwerpunkte und spezifischen Kennzahlen die Kapitel zu den vier Abteilungen ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Geomatik + Vermessung, Grün Stadt Zürich sowie Tiefbauamt.

Die acht schriftlich eingereichten Fragen konzentrierten sich vor allem auf die Abteilungen ERZ sowie Grün Stadt Zürich und wurden alle fristgerecht und zur vollsten Zufriedenheit der GPK beantwortet, sodass keine zweite Lesung durchgeführt werden musste.

Ein konkretes Beispiel, welches mehreren GPK-Mitgliedern am Herzen lag, war die Wiedereröffnung des Föhreneggwegs, welcher im Geschäftsbericht auf Seite 202 zwar bildlich Eingang fand, aber weiter nicht kommentiert wurde, ausser der lakonischen Bildlegende «Bleibt gesperrt».

Die zufriedenstellende Antwort des Departements zu dieser Anfrage lautete: «Der Föhreneggweg wurde mit dem Novemberbrief als ordentliches Investitionsvorhaben für das Jahr 2014 angemeldet und die Bauarbeiten sind derzeit im Gange. Der Föhreneggweg wird im Herbst 2014 wieder offen sein.»

Auch die Beantwortung der fünf mündlichen Fragen zum Geschäftsbericht anlässlich des Antrittsbesuchs des neuen GPK-Referenten vom 14. Juli 2014 liess nichts zu wünschen übrig.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Die GPK hat sich dieses Jahr mit verschiedenen Fragen zu den Tätigkeiten des HBD auseinandergesetzt und verständliche und ausführliche Antworten bekommen. So wurden beispielsweise die im Bericht beschriebenen Partizipationsverfahren, durch die sich die Bevölkerung an den Prozessen der Raumentwicklung beteiligen kann, im Detail geschildert und es wurde dargelegt, wie über die Anschaffung von IT-Applikationen entschieden wird.

Weiter liessen wir uns über die Aktivitäten des HBD in den Bereichen Frauenförderung und 2000-Watt-Gesellschaft informieren. Bezüglich Ersterem liess sich feststellen, dass das HBD Massnahmen – wie etwa Teilzeitarbeit auf allen Ebenen für beide Geschlechter – gegen die auffällige Untervertretung von Frauen im Kader ergreift; bezüglich Letzterem, dass die Stadt ihre Teilnahme an einem kantonalen Programm, welches die Reduktion des Energieverbrauchs bereits bestehender Bauten fördert, ausgebaut hat und ihre Erkenntnisse bezüglich nachhaltigem Bauen aktiv an Private kommuniziert, auch wenn für diese keine wirtschaftlichen Anreize zu deren Anwendung geschaffen werden.

Besondere Aufmerksamkeit hat die GPK dem Thema Submissionsverfahren, spezifisch den freihändigen Verfahren, gewidmet. Es wurde dargelegt, dass die Anzahl der Planungsaufträge ungefähr doppelt so gross ist, wie die Anzahl der Firmen, die sie erhalten. Sämtliche freihändigen Verfahren, die getätigt wurden, wurden mit Hinweis auf die entsprechenden Paragraphen erklärt.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Beim Gespräch mit dem Vorsteher der Industriellen Betriebe informierte sich die GPK-Referentin über den aktuellen Stand des Glasfaserprojekts (EWZ-Bereich Telecom). Ebenfalls thematisiert wurden die unsicheren Rahmenbedingungen im Elektrizitätsmarkt.

VBZ

Im Bereich VBZ war im vergangenen Jahr der Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags ein Meilenstein.

EWZ

Im EWZ brachte die Neuregelung der Kompetenzen eine grosse Erleichterung in den Betriebsabläufen. Durch ein Gerichtsverfahren konnte eine höhere Abgeltung für die Ausgliederung des Verteilnetzes erzielt werden. Die bevorstehenden Verhandlungen bezüglich der Energieproduktion, wie z. B. die Re-Konzessionierung von Wasserkraftwerken, werden von Seiten des DIB als schwierig beurteilt.



Ein weiteres Thema war der Kauf einer Beteiligung am Offshore-Windpark Butendiek. Naturschutzverbände kritisierten die erfolgte Baubewilligung. Hier stellte die GPK Fragen zu den getroffenen ökologischen Abklärungen.

Wasserversorgung

Die GPK-Referentin informierte sich über die im Jahresbericht erwähnten umfangreichen Erneuerungsprojekte, die im Bereich der Wasserversorgung anstehen.

Energiebeauftragter

Ein neues Konzept zur Finanzierung des Stromsparfonds wurde erarbeitet, das die Änderungen der Förderbeiträge von Seiten Bund und Kanton berücksichtigt.

In den Bereichen EWZ und VBZ stellte die GPK Fragen zu vergangenen Werbemassnahmen, zu denen die GPK einzelne kritische Meldungen erhalten hat. Inzwischen wurden die Werbemassnahmen teilweise angepasst.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Förderpraxis in den Schulen

Die integrative Förderung wurde auch 2013 weiter vorangetrieben. Neben dem Erfolg der Integration der bisher gesondert geschulten Kinder und Jugendlichen fordern die Umstellung und die neue Situation sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrpersonen teilweise stark. Das Departement und die Konferenz der Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten Stadt Zürich (PK) verfolgen weiterhin, wie die Unterstützungsmassnahmen für Klassen, Schülerschaft und Lehrpersonal optimal genutzt und welche Hilfestellungen ferner zur Verfügung gestellt werden können.

Einen Dämpfer erhielten Departement und PK von Seiten der Bildungsdirektion. Die im Schlussbericht der Konzeptentwicklung für die koordinierte regel- und sonderpädagogische Förderung in der Volksschule der Stadt Zürich formulierten 14 Kernanliegen sind teilweise von der Bildungsdirektion abgelehnt worden. Über die Umsetzung der noch möglichen Massnahmen wird im zweiten Quartal 2014 entschieden.



13 / 35

Erweiterte Tagesstrukturen

Das Schul- und Sportdepartement ist erklärermassen mit der Zunahme der Ansprüche auf einen Betreuungsplatz in den Horten gefordert. Es gilt, die Ansprüche der Kinder und Jugendlichen sowie auch die Arbeitssituation der Betreuenden weiterhin im Auge zu behalten.

Frühförderung

Der Legislatorschwerpunkt Frühförderung wurde auch 2013 unter der Federführung des SSD weiter geführt. Dabei konzentrierte man sich auf Zürich-Nord und gewann Erkenntnisse, die den Stadtrat davon überzeugten, die eingeleiteten Massnahmen in den kommenden Jahren auf die Stadt auszudehnen.

Fachschule Viventa

Die Empfehlungen der GPK zur Fachschule Viventa und in diesem Zusammenhang auch die Bemühungen des Grossprojekts Viventa 11/14 wurden auch 2013 weiter angegangen. Neu ist der Lehrkörper im Konvent und dessen Vorstand wieder vertreten, und es findet ein institutionalisierter Austausch zwischen Konvent und Schulleitung statt. Das neue Lohnsystem wurde zur Zufriedenheit der Lehrpersonen umgesetzt. Immer noch zeigen sich bei der Zufriedenheit der Mitarbeitenden Defizite, allerdings mit einer merklichen Verbesserung. Weiterhin gilt es also, der Situation der Mitarbeitenden Sorge zu tragen.

Sportamt

Das SSD konnte mit der Eröffnung des Freestyle- und Bikeparks auf der Allmend Brunau ein erfolgreiches Projekt der Öffentlichkeit übergeben. Seit der Eröffnung werden beide Plätze sehr rege benutzt.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Im Gespräch mit dem Vorsteher des SD und den Departementssekretärinnen konnten die Fragen, welche nicht schriftlich eingereicht wurden, beantwortet werden. Ein Schwerpunkt im Sozialdepartement war die Schliessung des Strassenstrichs am Sihlquai im August 2013 und die damit verbundene Eröffnung des Strichplatzes am Depotweg.



Kennzahlen Sozialdepartement

Im Konto der Bruttoinvestitionen des SD werden Erwerb und Erstellung von Liegenschaften, Beteiligungen an Wohngenossenschaften und unverzinsliche Darlehen verbucht. Die markante Zunahme der Bruttoinvestitionen von 2012 auf 2013 fiel auf: Grund dafür war die Erstellung des Strichplatzes. Die erhebliche Veränderung vom Jahr 2010 auf das Jahr 2011 ist damit zu erklären, dass in jener Zeit unverzinsliche Darlehen zurückbezahlt wurden.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist per 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Damit wurden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vielfältige neue Aufgaben übertragen, zum Beispiel im Rahmen der Fürsorgerischen Unterbringung. Die Umsetzung der vorgeschriebenen Massnahmen und die damit verbundenen umfassenden Abklärungen und Anhörungen erweisen sich als sehr zeitintensiv.

Rechtsschutz

Nach Absprache wird das SD in den künftigen Geschäftsberichten die Informationen über Entscheide und Rechtsmittelanwendungen (Anzahl Entscheide, Rechtsmittel, Einwendungen, Gerichtsurteile etc.) in tabellarischer und übersichtlicher Form aufführen.

3. Abschreibungsanträge Postulate

Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte. Der Gemeinderat hat am 18. September 2013 einen Beschlussantrag überwiesen, worin eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Neuregelung der Prüfung und Abschreibung von Postulaten verlangt wird. Die Umsetzung dieses Beschlussantrags ist noch nicht abgeschlossen, weshalb es im Rahmen der vorliegenden Geschäftsberichtsberatung beim bisherigen Verfahren geblieben ist.

Die GPK lädt jeweils die ursprünglichen Postulatseinreichenden – falls diese nicht mehr im Rat sind, deren Fraktion – ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Kommissi-



onspostulate werden den entsprechenden Kommissionen vorgelegt. Besteht eine Kommission nicht mehr, wird das Büro des Gemeinderats gebeten, den Abschreibungsantrag zu prüfen. Ist eine Fraktion nicht mehr im Gemeinderat vertreten, berät die GPK den Abschreibungsantrag ohne weitere Konsultationen. Der Rücklauf der Stellungnahmen war dieses Jahr, auch dank der Unterstützung durch die Fraktionspräsidien, erfreulich gut. Insgesamt wurde in 109 Fällen Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag mitgeteilt, während in 105 Stellungnahmen begründet wurde, warum der Abschreibungsantrag nicht gutgeheissen werden solle. Die GPK prüft die Stellungnahmen, behält sich aber auf Grund der Prüfung des Sachverhalts und aller vorliegenden Informationen vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag (in der Praxis in der Regel einen Antrag auf Abschreibung) zu stellen. Dieses Jahr verzichtet die GPK auf Mehr- und Minderheitsanträge.

4. Motionen

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 92 der Geschäftsordnung des Gemeinderats innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate nachsuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrates nicht teilt, eine Nachfrist von 3 bis 12 Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt.

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt.

5. Dank

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des



16 / 35

Stadtrats sowie den Departements-Sekretärinnen und -Sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

6. Detailanträge

Die nachfolgenden Postulate werden nach Prüfung durch die GPK zur Abschreibung, respektive zur Nichtabschreibung empfohlen.

Legende zu den Abschreibungsanträgen des Stadtrats

Ja = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats einverstanden.

Nein = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats nicht einverstanden.

Allgemeine Verwaltung / STS:

Keine Abschreibungsanträge.

Präsidialdepartement:

POS 2006/000556 NEIN	07.06.2006 29.11.2006	Nagel Ueli und Nielsen Claudia Uto Kulm, Landabtausch mit der Gemeinde Stallikon
POS 2008/000540 NEIN	26.11.2008 10.12.2008	Angst Walter Stadtentwicklung, Konzentration verschiedener Dienstabteilungen
POS 2009/000566 NEIN	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung
POS 2009/000570 NEIN	02.12.2009 11.12.2009	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Statistisches Amt der Stadt Zürich, vermehrte Nutzung als stadtinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen
POS 2009/000328 NEIN	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Ammann Andreas Erhebung von Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen in der Stadt Zürich
POS 2007/000317 JA	06.06.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und Heinrich Uschi Integrationspolitik, Motivation von Arbeitgebenden für Deutschkurse

POS 2007/000649 JA	12.12.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Sans Papiers, kollektive Regularisierung
POS 2007/000666 JA	19.12.2007 09.06.2010	Katumba Andrew und Makwana-Boss Elisabeth Stadtrundfahrten mit Bussen, klimafreundlicher Betrieb
POS 2010/000486 JA	24.11.2010 15.12.2010	Hug Christina und Garcia Isabel Zürich Tourismus, Förderung von 2000-Wattkompatiblen Angeboten
POS 2011/000357 JA	25.06.2008 28.09.2011	EVP-Fraktion Umweltechnologie, Impulsprogramm für die Ansiedlung von Unternehmungen
POS 2012/000165 JA	11.04.2012 18.04.2012	FDP-Fraktion und GLP-Fraktion Suche neuer Sponsoren für das Junge Schauspielhaus bzw. die Schauspielhaus AG
POS 2009/000306 JA	01.07.2009 12.09.2012	Wepf Mirella und Nielsen Claudia Entwicklung von Zürich zum «Energy-Efficiency Valley» von Europa
POS 2012/000453 JA	05.12.2012 12.12.2012	Wyler Rebekka Regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA), Verzicht auf grundrechtswidrige Argumente

Finanzdepartement:

POS 2002/000163 NEIN	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
POS 2002/000444 NEIN	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
POS 2002/000483 NEIN	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
POS 2005/000503 NEIN	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
POS 2006/000525 NEIN	22.11.2006 06.12.2006	Egger Urs Negative Einkommenssteuer, Bericht über Auswirkungen auf sozialpolitische Massnahmen bei allfälliger Einführung

POS 2007/000214 NEIN	18.04.2007 23.05.2007	Glättli Balthasar und Badran Jacqueline Geschlechterspezifische Budgetanalyse, regelmässige Berichterstattung
POS 2008/000544 NEIN	03.12.2008 10.12.2008	FDP-Fraktion Stadtverwaltung, Kostenreduktion für die Personalwerbung
POS 2009/000013 JA	14.01.2009 28.01.2009	Angst Walter Gemeinnütziger Wohnungsbau, Rahmenbedingungen für dessen Förderung
POS 2009/000220 JA	27.05.2009 30.09.2009	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog
POS 2007/000566 JA	24.10.2007 07.04.2010	Stucker Rolf und Erfigen Monika Einführung von SAP, elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen
POS 2010/000311 NEIN	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
POS 2008/000516 NEIN	12.11.2008 22.12.2010	Badran Jacqueline und Mauch Corine Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmungen, Bericht an den Gemeinderat
POS 2008/000525 JA	19.11.2008 22.12.2010	Kisker Gabriele und Piller Bernhard Boulevardgastronomie, Verbot von Heizstrahlern auf städtischen Grundstücken
POS 2009/000119 NEIN	01.04.2009 22.12.2010	Badran Jacqueline Liegenschaften der Kantonalen Liegenschaften AG, Vorkaufsrecht der Stadt Zürich
POS 2009/000448 NEIN	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brasser Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
POS 2010/000533 NEIN	22.12.2010 19.01.2011	Simon Claudia und Hänni-Etter Cäcilia Senkung der Kosten für Stelleninserate
POS 2011/000020 NEIN	19.01.2011 02.02.2011	Hänni-Etter Cäcilia und Uttinger Ursula Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten

POS 2010/000510 NEIN	08.12.2010 16.03.2011	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Stabilisierung der Stellenzahl der städtischen Verwaltung ab 2012
POS 2010/000511 NEIN	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012
POS 2010/000500 NEIN	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
POS 2010/000501 JA	01.12.2010 06.04.2011	Wolff Richard und Recher Alecs Areal Hardturmstadion, Verwendung für Zwischennutzungen bis zum Baubeginn des Stadions
POS 2011/000114 JA	06.04.2011 11.05.2011	CVP-Fraktion Ersetzung der Lunch-Checks für städtische Mitarbeitende durch individuelle Essenszulagen
POS 2011/000410 JA	02.11.2011 16.11.2011	Angst Walter Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED
POS 2011/000408 JA	02.11.2011 23.11.2011	Jahreiss-Montagnani Fiammetta und Traber Christian Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution
POS 2012/000451 NEIN	05.12.2012 12.12.2012	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100 % durch naturmade.starzertifizierte oder gleichwertige Produkte

Polizeidepartement:

POS 1985/000005 NEIN	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone
POS 1991/000228 JA	04.04.1990 17.04.1991	Baur Toni und Schoch Hans Autofreie Innenstadt, Realisierung
POS 1995/000049 JA	08.02.1995 22.03.1995	Prelicz-Huber Katharina und 8 Mitunterzeichnende Hardturmstrasse, teilweise Sperrung

20 / 35

POS 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
NEIN		
POS 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
NEIN		
POS 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
NEIN		
POS 2000/000073	09.02.2000 29.05.2002	Dettli Reto und Bögle Heinz Heinrichstrasse, Befreiung vom Durchgangsverkehr
JA		
POS 2000/000266	07.06.2000 19.06.2002	Bögle Heinz Josefstrasse zwischen Gasometerstrasse und Luisenstrasse, teilweise Sperrung
JA		
POS 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standortes
NEIN		
POS 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
NEIN		
POS 2004/000669	15.12.2004 12.01.2005	Bachmann Hans und 59 Mitunterzeichnende Güterumschlagsplätze, vermehrte Schaffung durch entsprechende Strassensignalisation
NEIN		
POS 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
NEIN		
POS 2003/000138	09.04.2003 09.03.2005	Marolf Hans und Stucker Rolf Fischer-Weg und Kloster-Fahr-Weg, Durchsetzung des Fahrverbots
JA		
POS 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung
NEIN		
POS 2005/000333	10.09.2003 24.08.2005	Nielsen Claudia Westtangente, Vorlage für eine effiziente Verkehrssteuerung
NEIN		

POS 2005/000453 NEIN	09.11.2005 15.03.2006	Knauss Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
POS 2008/000033 NEIN	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
POS 2008/000142 NEIN	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
POS 2005/000343 NEIN	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
POS 2005/000344 NEIN	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
POS 2009/000240 JA	03.06.2009 17.06.2009	Ackermann Ruth und Meier Daniel Änderung von Ortsschildern in Zürich Nord
POS 2009/000283 NEIN	24.06.2009 08.07.2009	SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Tankstellenshops, Beibehaltung des Status quo bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebot
POS 2009/000144 JA	29.04.2009 16.09.2009	Knauss Markus und Wyss Thomas Zufahrt Richtung Zürich im Bereich Heizkraftwerk Aubrugg, Spurreduktion
POS 2009/000404 JA	16.09.2009 30.09.2009	Rechsteiner Urs und Virchaux Jean-Claude Sicherstellung der feuerwehrtechnischen Versorgung der Quartiere Stettbach und Witikon bis zum Bau einer Brandwache Ost
POS 2006/000210 NEIN	31.05.2006 18.11.2009	Angst Walter Politische Veranstaltungen und Festbetriebe, Reorganisation des Bewilligungsverfahrens
POS 2009/000562 JA	25.11.2009 11.12.2009	Hüssy Kurt und Anderegg Peter Reklametafeln vor Ladengeschäften, Verzicht auf Gebührenerhebung
POS 2009/000603 JA	16.12.2009 13.01.2010	Mariani Mario und Kunz Hanspeter Quartierbezeichnungen auf Ortstafeln an der Stadtgrenze

POS 2010/000344	25.08.2010 08.09.2010	Tognella Roger und Jäger Alexander Überarbeitung der städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund
Am 05.02.2014 abgeschrieben mit der Weisung GR Nr. 2010/334 vom 06.02.2013		
POS 2010/000314	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich des Schulhauses Hirschen- graben
JA		
POS 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
NEIN		
POS 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
NEIN		
POS 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
NEIN		
POS 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
NEIN		
POS 2008/000173	09.04.2008 03.11.2010	Rosenheim Monjek Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende betref- fend Verbot des Gegenverkehrs
JA		
POS 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
NEIN		
POS 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
NEIN		
POS 2010/000266	16.06.2010 12.01.2011	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser/Breitensteinstrasse
NEIN		
POS 2011/000124	13.04.2011 18.05.2011	FDP-Fraktion eGovernment für die Meldung von Ausweisverlusten sowie für weitere Baga- tellanzeigen
JA		
POS 2009/000120	01.04.2009 22.06.2011	Bachmann Hans und Anderegg Peter Pannenhilfefahrzeuge, Verkehr auf Bus- und Tramspuren
JA		

POS 2009/000222 NEIN	27.05.2009 22.06.2011	Uttinger Ursula und Pflüger Severin Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit
POS 2009/000284 JA	24.06.2009 22.06.2011	Katumba Andrew und Butz Marlène Vermehrter Temporär-Einsatz mobiler Geschwindigkeitsanzeigen
POS 2009/000330 NEIN	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
POS 2011/000265 NEIN	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenutzer via Internet oder Mobiltelefon
POS 2009/000445 JA	30.09.2009 31.08.2011	Rosenheim Monjek und Hohl Marc Stadtpolizei, Verbesserung der Effizienz innerhalb der Notrufzentrale
POS 2011/000274 NEIN	13.07.2011 31.08.2011	Bourgeois Marc und Simon Claudia Bewilligung der Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen im bisherigen Umfang
POS 2011/000350 NEIN	21.09.2011 30.11.2011	Tueno Mauro und Liebi Roger Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi
POS 2011/000443 JA	30.11.2011 16.12.2011	Bartholdi Roger und Scheck Roland Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen

Gesundheits- und Umweltdepartement:

POS 1993/000453 NEIN	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung
POS 2002/000332 NEIN	11.09.2002 30.10.2002	Sozialdemokratische Partei Fraktion, Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion und Christlichdemokratische Volkspartei Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
POS 2003/000206 JA	11.06.2003 25.06.2003	Im Oberdorf Bernhard und Ulcay-Hauser Raphaela-Franziska Südanflüge, Vermeidung
POS 2004/000045 JA	28.01.2004 25.02.2004	Im Oberdorf Bernhard Gekröpfter Nordanflug, umgehende Anwendung bei guten Wetterverhältnissen

POS 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
NEIN		
POS 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
NEIN		
POS 2011/000045	02.02.2011 18.05.2011	Grüne-Fraktion Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klärung offener Fragen
JA		
POS 2009/000055	04.02.2009 29.06.2011	Straub Esther und Kisker Gabriele Altersheime, Gutscheine für nicht bezogene Hauptmahlzeiten
JA		
POS 2011/000243	11.06.2008 29.06.2011	Grüne-Fraktion Dachflächen, Nutzung und Gewinnung von Solarwärme
JA		
POS 2009/000552	25.11.2009 29.08.2012	Nielsen Claudia und Dubs Früh Marianne Energiebuchhaltung für städtische Bauten, Vorlage eines Berichtes
JA		
<u>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement:</u>		
POS 1993/000410	25.08.1993 27.10.1993	Baur Toni und Keller Ueli Üetlibergtunnel, Massnahmen im Zusammenhang mit der Eröffnung
JA		
POS 1998/000217	07.07.1998 19.08.1998	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gestaltung Kreuzplatz, Verbesserung der Verhältnisse
JA		
POS 2000/000065	09.02.2000 05.06.2002	Schüepf Jürg R. und Furter Willy Westast, Anschluss nach Brunau und Schöneich
NEIN		
POS 2001/000577	14.11.2001 23.10.2002	Schmid Roland und Rosenheim Monjek Manesseplatz, verkehrstechnische Verbesserung
NEIN		
POS 2000/000130	22.03.2000 04.12.2002	Schönbächler Robert und 11 Mitunterzeichnende Sportanlage Sihhölzli, Erstellung von Lärmschutzwänden
JA		
POS 2002/000561	18.12.2002 08.01.2003	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Theaterplatz und Münsterhof, Veloverbindungen
JA		

POS 2002/000567 JA	20.12.2002 08.01.2003	Birrer Susann und Nielsen Claudia Münsterhof, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan lumière»
POS 2000/000147 JA	29.03.2000 22.01.2003	Prelicz-Huber Katharina und Spring-Gross Monika Hardturmstrasse, Erstellung von Verbindungswegen und Grünräumen
POS 2003/000078 JA	04.12.2002 05.03.2003	Birrer Susann und Piesbergen Monika VBZ, Halbinsel-Lösung für die Haltestelle Fluntern
POS 2003/000079 JA	28.06.2000 05.03.2003	Hug Christoph und Knauss Markus S-Bahnhöfe, Verbesserung der Zugänglichkeit
POS 2000/000590 NEIN	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
POS 2002/000470 JA	06.11.2002 02.04.2003	Danner Ernst und Furter Willy Internationale Bahnverbindungen, beschleunigter Ausbau
POS 2003/000183 NEIN	04.06.2003 17.09.2003	Leupi Daniel und Schönbächler Robert Langstrasse, sichere Verkehrsführung zwischen Hohl- und Militärstrasse
POS 2005/000405 NEIN	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers
POS 2004/000098 NEIN	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffitis und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
POS 2006/000387 NEIN	09.06.2004 13.09.2006	Scherr Niklaus und Leiser Albert Werk-Tarifordnungen, einheitlicher gemeinsamer Gebührenbezug
POS 2006/000460 JA	25.10.2006 08.11.2006	Kappeler Thomas und Schönenberger-Meier Katrin Luftseilbahn Stettbach–Zoo, Verhinderung von Parkplatzsuchverkehr
POS 2004/000622 JA	24.11.2004 31.01.2007	Butz Marlène und Leupi Daniel Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum, Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr
POS 2006/000578 JA	06.12.2006 31.01.2007	Butz Marlène und Hensch-Stadelmann Theresa G. Hafen Enge und Arboretum, Verbesserungsmassnahmen für die Veloroute
POS 2007/000248 NEIN	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten

POS 2008/000004 JA	09.01.2008 26.03.2008	Reimann Beatrice und Katumba Andrew Hohlstrasse, Abbau von Parkplätzen zwischen Kern- und Herbartstrasse
POS 2006/000222 NEIN	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
POS 2008/000448 JA	23.08.2006 24.09.2008	Leupi Daniel und Kisker Gabriele Mutschellenstrasse, Realisierung eines Hauptstrassenraums gemäss Verkehrsplan
POS 2008/000578 JA	17.12.2008 14.01.2009	Anhorn Ruth und Leiser Albert Pacht von Familiengartenarealen, Entsorgung von Sperrgut im Werdhölzli
POS 2009/000028 JA	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, koordinierte Weiterarbeit mit den SBB
POS 2009/000029 JA	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
POS 2009/000031 NEIN	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
POS 2007/000104 NEIN	07.03.2007 25.02.2009	Egger Urs Bahnhöfe und wichtige Plätze, Erstellen kostenpflichtiger Velostationen
POS 2009/000142 JA	29.04.2009 27.05.2009	Wenger Christian und Blöchliger Patrick Abbruch der Sihlhochstrasse
POS 2009/000145 JA	29.04.2009 19.08.2009	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Erweiterungsabsichten für Züri Zoo, griffiges Verkehrskonzept
POS 2009/000572 NEIN	02.12.2009 09.12.2009	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege
POS 2009/000580 NEIN	02.12.2009 16.12.2009	Käppeli Hans Jörg und Katumba Andrew Schmiede Wiedikon, Realisierung einer hohen Einstiegskante für Bus und Tram

POS 2008/000008 JA	09.01.2008 26.05.2010	Anderegg Peter und Danner Ernst Quartierteile beim Bahnhof Affoltern, Unterführung für den Verkehr
POS 2008/000062 NEIN	23.01.2008 26.05.2010	Seidler Christine und Traber Christian Arten- und Lebensraumförderung, Konzept
POS 2008/000093 JA	27.02.2008 02.06.2010	Reimann Beatrice und Meuli Myrtha Birmensdorfer- und Werdstrasse, Änderung des Verkehrsregimes
POS 2008/000063 NEIN	23.01.2008 23.06.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annemarie Fronwaldstrasse, Erstellen einer Überführung über die Bahnlinie
POS 2009/000452	30.09.2009 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annemarie Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blumenfeldstrasse, beschleunigte Realisierung
Am 16. April 2014 abgeschrieben mit der Weisung GR Nr. 2013/399 vom 20.11.2013		
POS 2010/000313 JA	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Umgestaltung des Fussgängerübergangs am Seilergraben, Kreuzung Hirschengraben
POS 2009/000009 JA	07.01.2009 10.11.2010	Mariani Mario und Mächler Martin Schlittelweg Uetliberg-Hohenstein-Triemli, Ausbau einer Alternative
POS 2009/000094 JA	11.03.2009 10.11.2010	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Velo-Parkplätze, Einzug nicht benützter Fahrräder
POS 2010/000457 NEIN	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
POS 2010/000472 JA	17.11.2010 01.12.2010	Bartholdi Roger und Bürlimann Martin Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Winterdienst
POS 2009/000447 JA	30.09.2009 19.01.2011	Strub Jean-Daniel und Glättli Balthasar Haltestelle Opernhaus, Durchfahrt für Fahrräder
POS 2009/000503 JA	04.11.2009 19.01.2011	Hauri Theo und Steger Heinz F. Strassenkreuzung Glattalstrasse/Schaffhauserstrasse, Nichtrealisierung der Sanierung
POS 2009/000504 JA	04.11.2009 19.01.2011	Steger Heinz F. und Hauri Theo Einstellung der Umgestaltung der öffentlichen Parkplätze vor der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 520

POS 2009/000514	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Bahnhof Wollishofen, behinderten- und familiengerechter Zugang zu den Perrons und zum Seeufer
NEIN		
POS 2009/000515 JA	11.11.2009 09.03.2011	Spieler Frauenfelder Marianne und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Periphere Bahnhöfe, hindernisfreie Umgestaltung
POS 2009/000517 JA	11.11.2009 09.03.2011	Wepf Mirella und Heinrich Uschi Erstellung eines Spiel- und Fitnessparcours für ältere Generationen
POS 2011/000055 NEIN	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne-, GLP-, AL- und der parlamentarischen Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO ₂ -Emissionsziele
POS 2009/000425 NEIN	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
POS 2011/000122 NEIN	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptge- werbe auf städtischen Baustellen
POS 2011/000123 NEIN	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen
POS 2011/000125 NEIN	13.04.2011 21.09.2011	Dubno Samuel und Luchsinger Martin Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus
POS 2011/000349 NEIN	21.09.2011 05.10.2011	Frei Dorothea, Tognella Roger und 7 Mitunterzeichnende Autobahnanschluss durch das Quartier Auzelg, Verhinderung des Eintrags in den kantonalen Richtplan
POS 2010/000473 JA	17.11.2010 21.12.2011	Probst Matthias und Hug Christina Verzicht auf die Verwendung von Laubbläsern bei der Reinigung
POS 2011/000477 NEIN	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Ober- flächengestaltung der Nordbrücke
POS 2011/000481 JA	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Er- satzbeschaffung von zwei Lastwagen

POS 2011/000482	14.12.2011 21.12.2011	Mächler Martin ERZ, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2010/000499	01.12.2010 07.11.2012	Probst Matthias und Luchsinger Martin Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll für die nichtmotorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk Josefstrasse
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2011/000127	13.04.2011 07.11.2012	Jäger Alexander und Uttinger Ursula Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs
--------------------	--------------------------	---

NEIN

Hochbaudepartement:

POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2004/000473	08.09.2004 10.11.2004	Cerliani Pierino und 6 Mitunterzeichnende Planung, Stadtentwicklung und Architektur, Förderung des Dialogs
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2009/000271	17.06.2009 01.07.2009	Savarioud Marcel und Meuli Myrtha Gemeinsamer Planungsprozess im Gebiet Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien-Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2009/000571	02.12.2009 11.12.2009	Tozzi Lucia und Badran Jacqueline Immobilienbewirtschaftung (IMMO), Überprüfung der Strategien und Prozesse durch einen externen Anbieter
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2010/000189	14.04.2010 21.04.2010	Spezialkommission HBD/SE Frühzeitiger Einbezug von stadinternem Know-How bei der Planung grosser Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2007/000285 NEIN	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
POS 2010/000483 NEIN	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
POS 2009/000308 JA	01.07.2009 13.04.2011	Bürlimann Martin und Wohler Bruno Beseitigung von Vorschriften, die private Investitionen in private Solarzellen behindern oder verhindern
POS 2011/000273	06.05.2009 06.07.2011	Kisker Gabriele und Knauss Markus Privater Gestaltungsplan Belvoirpark, neue Weisung mit angepassten Bedingungen Am 29. Januar 2014 abgeschrieben mit der Weisung GR Nr. 2012/431 vom 21.11.2012
POS 2010/000034 NEIN	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
POS 2011/000269 NEIN	06.07.2011 16.12.2011	Rechsteiner Urs und Hungerbühler Markus Aufhebung der Fachstelle «Kunst und Bau»
POS 2011/000453 NEIN	07.12.2011 16.12.2011	Wolff Richard Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung
POS 2012/000287 NEIN	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
POS 2010/000079 NEIN	03.02.2010 29.08.2012	SP-Fraktion Vereinfachung der Vorgaben und Richtlinien bei der Ausstattung der Betreuungseinrichtungen
POS 2010/000479 JA	17.11.2010 29.08.2012	Ledergerber Zora und Wiesmann Matthias Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren
POS 2010/000502 NEIN	01.12.2010 29.08.2012	Vocat Fabienne Nicole und Baumer Michael Anpassung der Standards für den Bau von kostengünstigeren Volksschulanlagen in der Stadt Zürich
POS 2010/000522 JA	08.12.2010 29.08.2012	AL-Fraktion Umnutzungsplanung der SBB-Areale entlang der Zollstrasse

POS 2012/000442	28.11.2012 09.01.2013	FDP-Fraktion Auflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes
NEIN		
POS 2012/000494	19.12.2012 06.02.2013	Knauss Markus und Wyss Thomas Schulanlage Blumenfeld, Sicherstellung eines attraktiven Aussenraums für die Schulkinder
JA		
POS 2011/000336	14.09.2011 13.03.2013	Dubno Samuel und Luchsinger Martin Beflaggungsreglement der Stadt Zürich, Aufnahme des Wappens der Gesellschaft zu Fraumünster als 27. Zunftflagge
JA		
POS 2011/000352	21.09.2011 13.03.2013	Tognella Roger Änderung von Art. 6 BZO, Realisierung von Kinderbetreuungsstätten auch bei Verletzung des Wohnanteils
NEIN		
POS 2012/000046	01.02.2012 13.03.2013	Bosshard Gerhard und Piller Bernhard Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) bei Totalsanierungen stadteigener Heizungsanlagen
JA		
POS 2013/000294	28.08.2013 23.10.2013	Kälin Simon und Bosshard Gerhard Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit
NEIN		

Departement der Industriellen Betriebe:

POS 1996/000100	27.03.1996 04.12.1996	Odermatt André und Scherr Niklaus Pumpspeicherprojekt «Grimsel West», Verhinderung weiterer Planung
NEIN		
POS 2001/000115	07.03.2001 10.09.2003	Hug Adrian und 14 Mitunterzeichnende Albisriederplatz-Bucheggplatz, Schaffung einer zusätzlichen Buslinie
JA		
POS 2004/000203	07.04.2004 25.05.2005	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in «Provisorium»
JA		
POS 2005/000191	18.05.2005 08.06.2005	Reimann Beatrice und Danner Ernst Sportanlage Juchhof I und III, Verbesserung der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
JA		
POS 2005/000141	13.04.2005 15.06.2005	Mauch Corine und Odermatt André Öffentlicher Verkehr in der Stadt Zürich, Bericht zur langfristigen Planung
JA		
POS 2006/000134	03.05.2006 14.06.2006	Rabelbauer Richard und Schönbächler Robert Personen- und Nutzfahrzeuge, Förderung abgasarmer und umweltschonender Antriebssysteme
JA		

POS 2007/000054 NEIN	31.01.2007 28.02.2007	Im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise
POS 2008/000007 JA	09.01.2008 23.01.2008	Anderegg Peter und Danner Ernst VBZ-Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern, Fahrplan in Stosszeiten
POS 2009/000058 NEIN	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
POS 2009/000117 JA	01.04.2009 06.05.2009	Butz Marlène und Aubert Marianne VBZ, Informationen zum Haltestellentyp
POS 2007/000074 NEIN	07.02.2007 23.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias VBZ, velofreundliche Tramgeleise
POS 2010/000412 JA	29.09.2010 27.10.2010	Piller Bernhard und Wepf Mirella Erdgas Zürich AG, effiziente Nutzung des Energieträgers Erdgas
POS 2009/000081 JA	04.03.2009 26.01.2011	Blöchlinger Patrick und Brasser Ueli Anwerbung von Personal im Ausland
POS 2009/000260 JA	10.06.2009 26.01.2011	Piller Bernhard und Wyss Thomas Erhöhung Anteil Sonnenkollektoranlagen bei Projekten ewz im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen
POS 2011/000026 JA	25.06.2008 26.01.2011	EVP-Fraktion ewz, Finanzierung von Doktorandinnen- und Doktorandenstellen an Hoch- schulen
POS 2011/000128 JA	13.04.2011 25.05.2011	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Einführung von Wasserwirbelkraftwerken in der Stadt Zürich
POS 2011/000146 JA	11.05.2011 25.05.2011	Hänni-Etter Cäcilia und Hagger Joachim Erstellung eines Kleinkraftwerkes zur Stromerzeugung im Bereich Sihlhölzli
POS 2011/000263 JA	06.07.2011 21.09.2011	Piller Bernhard Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom
POS 2011/000423 JA	09.11.2011 12.06.2013	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei Neu- bzw. Ersatzan- schaffungen von Dienstfahrzeugen



Schul- und Sportdepartement:

POS 2002/000147	15.05.2002 18.12.2002	Fraktion Freisinnig-Demokratische Partei Gewalt von Jugendlichen, Bericht Am 5. März 2014 abgeschrieben mit der Weisung GR Nr. 2013/398 vom 02.10.2013.
POS 2002/000471 JA	06.11.2002 07.09.2005	Erfigen Monika und Peter Karin Drogen und Alkohol, Nulltoleranz an den Schulen
POS 2008/000238 NEIN	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegerleichterungen, Kostensenkung
POS 2008/000319 JA	02.07.2008 21.09.2011	CVP-Fraktion Volksschule, Auszeichnungen für ausserordentliche schulische Leistungen oder Projekte
POS 2009/000272 JA	17.06.2009 02.11.2011	Stucker Rolf und Wohler Bruno Einflussnahme bezüglich Ansetzung von Hochrisikospiele im Letzigrund
POS 2009/000304 JA	01.07.2009 02.11.2011	Barzotto Myriam Flächendeckendes Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe
POS 2009/000321 JA	01.07.2009 02.11.2011	Seidler Christine und Jacobi Heinz Kampagne zur vermehrten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich «Sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen»
POS 2011/000348 NEIN	21.09.2011 23.11.2011	SP-Fraktion Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder, Pauschalisierung der Angebo- te sowie Vereinfachung der administrativen Abläufe
POS 2011/000381 JA	05.10.2011 07.12.2011	CVP-Fraktion Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ
POS 2011/000455 NEIN	07.12.2011 17.12.2011	Angst Walter Externe Evaluation zur Überprüfung von Wirkung und Nutzen der Massnah- men im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen
POS 2011/000467 JA	07.12.2011 17.12.2011	Nüssli-Danuser Andrea und Hochreutener Andrea Freiwilliger Schulsport, Angebot von zusätzlichen Sportkursen

Sozialdepartement:

POS 2008/000020 NEIN	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
----------------------------	--------------------------	---

34 / 35

POS 2007/000168 JA	28.03.2007 05.11.2008	Danner Ernst und Meier Daniel Integration von Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen, Kursangebot
POS 2009/000115 JA	01.04.2009 06.10.2010	Bischof Jris und von Matt Hans Urs Einrichtung für Jugendarbeit im Quartier Friesenberg
POS 2010/000014 Am 29. Januar 2014 abgeschrieben mit der Weisung GR Nr. 2013/342 vom 02.10.2013	06.01.2010 06.10.2010	Bloch Süss Monika und Wyss Thomas Bericht zur Armutssituation in der Stadt Zürich
POS 2010/000465 NEIN	10.11.2010 01.12.2010	Rutherford Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
POS 2011/000296 JA	13.07.2011 14.09.2011	Sangines David Alan und Heinrich Uschi Einsetzung einer Begleitgruppe zur Evaluierung der Erfahrungen mit dem Betrieb des Strichplatzes



35 / 35

7. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2013 (Beilage) wird abgenommen.

Referent zur Vorstellung des Berichts: Präsident Michael Schmid (FDP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Nina Fehr Düsel (SVP)

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsident Michael Schmid (FDP)

Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 8. September 2014